

BR/GT I/76 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

Brüssel, den 18. November 1970
BR/GT I/76/70

- Sekretariat -

VERMERK

Betrifft: Bemerkungen und Vorschläge der schwedischen Delegation
zu der Erfindernennung

1. Die Arbeitsgruppe I hat beschlossen (vgl. Bericht über die Sitzung vom 8. bis 11. Juli 1969, Punkt 35), zusammen mit der Ausführungsordnung zu prüfen, ob die Rechte des Erfinders hinreichend geschützt sind.
2. Die Untergruppe "Ausführungsordnung" prüfte in ihrer ersten Sitzung (24. bis 26. Juni 1970) die Bestimmungen zu Artikel 17. Die schwedische Delegation konnte sich mit den vorgeschlagenen Bestimmungen vor allem deshalb nicht einverstanden erklären, weil der Anmelder erst dann verpflichtet ist, den Erfinder zu nennen, wenn die Gebühren für die Erteilung und für die Druckkosten entrichtet sind. Darüber hinaus war in dem Vorschlag keine Sanktion für den Fall vorgesehen, dass der Name des Erfinders nicht rechtzeitig bekanntgegeben wird.
3. Die schwedische Delegation schlug deshalb vor, in die Bestimmung zu Artikel 17 die entsprechende PCT-Vorschrift aufzunehmen. Die Erörterung der Bestimmung zu Artikel 17 wurde aufgrund des schwedischen Vorschlags zurückgestellt. Die schwedischen Delegationen in der Arbeitsgruppe I und in der Untergruppe haben die Frage des Erfinders weiter geprüft.

4. Diese Frage ist für die nordischen Länder von grosser Bedeutung. In dem 1967 von den nordischen Ländern angenommenen neuen Patentrecht ist die Verpflichtung enthalten, den Erfinder zum Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung zu nennen. Diese Verpflichtung beruht auf einer langen Tradition der nordischen Länder. Der Hauptgrund für diese Verpflichtung besteht darin, dass die Ermittlung des tatsächlichen Erfinders schwieriger wird, wenn der Anmelder über eine lange Frist verfügt, ehe er den Erfinder nennen muss. Ist der Anmelder darüber hinaus nicht verpflichtet, nachzuweisen, dass der Erfinder die Rechte an der Erfindung an ihn übertragen hat, so hat der Erfinder die Beweislast bezüglich des Anspruchs auf die Erfindung zu tragen, was zu einem späteren Zeitpunkt besonders schwierig sein dürfte. Vor allem bei Erfindungen von Arbeitnehmern wird der Erfinder deshalb durch den ursprünglichen Vorschlag eindeutig schlechter gestellt.
5. Die schwedische Delegation hält es deshalb für erforderlich vorzuschreiben, dass der Anmelder seinen Anspruch auf die Erfindung nachzuweisen hat. Eine solche Bestimmung ist im Patentrecht der nordischen Länder enthalten.
6. Nach Ansicht der schwedischen Delegation ist der Erfinder in den europäischen Patentanmeldungen zum Zeitpunkt der Einreichung zu nennen, wenn die nationalen Rechtsvorschriften zumindest eines der benannten Staaten eine solche Bestimmung vorsehen. Dies entspricht den PCT-Bestimmungen über die Erfindernennung. Wird der Erfinder nicht genannt, wenn dies von den Rechtsvorschriften eines benannten Staats vorgeschrieben ist, so sollte in einer offiziellen Mitteilung darauf hingewiesen werden. Wird der Mitteilung nicht entsprochen, so sollte die Benennung dieses Staates als zurückgenommen gelten.

7. Ist der Anmelder nicht selbst der Erfinder, so muss die europäische Patentanmeldung einen Uebertragungsvertrag enthalten, wenn die nationalen Rechtsvorschriften zumindest eines der benannten Staaten eine solche Bestimmung vorsehen. Hat der Anmelder die Uebertragung nach dem nationalen Recht eines benannten Staats nicht beigebracht, so sollte in einer offiziellen Mitteilung darauf hingewiesen werden. Wird der Mitteilung nicht entsprochen, so sollte die Benennung dieses Staates als zurückgenommen gelten.
8. Die Bestimmungen, die den unter den Nummern 6 und 7 enthaltenen Vorschlägen entsprechen, sollten in Artikel 66 aufgenommen werden. Der derzeitige Textvorschlag für Artikel 17 sollte mit geringfügigen Änderungen beibehalten werden. Der vorgeschlagene Text ist beigelegt. Die Bestimmungen zu Artikel 66 sind entsprechend zu ergänzen.

VORSCHLAG

Artikel 66: Die folgenden drei Unterabsätze sind unter Absatz 1 hinzuzufügen:

- (e) den Namen des Erfinders sowie die vorgeschriebenen, den Erfinder betreffenden Einzelheiten, wenn das nationale Recht zumindest eines der benannten Staaten vorschreibt, dass diese Angaben zum Zeitpunkt der Einreichung einer nationalen Anmeldung beizubringen sind;
- (f) einen Nachweis, dass der Erfinder den Anspruch auf die Erfindung an den Anmelder abgetreten hat, wenn das nationale Recht zumindest eines der genannten Staaten einen solchen Nachweis verlangt.

BR/GT I/76 d/70 zat/LB/bm

.../...

(g) Kommt der Anmelder den unter den Buchstaben e und f genannten Erfordernissen nicht nach, so gilt die Benennung des betreffenden Staats oder der betreffenden Staaten als zurückgenommen.

(Artikel 77 und 78 sind zu ändern, um dem Anmelder Gelegenheit zu geben, einen Mangel in bezug auf die jetzt vorgeschlagenen Absätze zu beheben).

Zu Artikel 17 Nummer 1

Folgender Absatz ist hinzuzufügen:

(4) Die Absätze 1 (zweiter Satz) bis 3 finden keine Anwendung, wenn Artikel 66 Buchstaben e und f anwendbar sind.
